

# Anzeiger und Elbeblatt

für  
Miesä, Strehla und deren Umgegend.

Wochenschrift  
zur Belehrung und Unterhaltung.

N<sup>o</sup> 23.

Freitag, den 21. März

1851.

## Der tliche s.

Miesä, den 19. März. Der hiesige Gesangsverein wird nächsten Sonntag über acht Tage den edlen, seit längerer Zeit gepflegten Plan ausführen und zum Besten des Frauenvereines unsrer Stadt ein Concert geben. Dasselbe hat ein junger, auf dem Conservatorium zu Leipzig gebildeter Künstler, Herr Frenkel aus Großenhain, durch sein Spiel auf der Violine zu unterstützen versprochen. Da seine Virtuosität schon von Leipzig aus mehrfach in öffentlichen Blättern gerühmt worden ist, so bedarf es wohl nur dieser Bemerkung, um alle Freunde der Musik zu veranlassen, sich einen solchen Genuß nicht entgehen zu lassen, zumal da das ganze Unternehmen einem so wohlthätigen Zwecke gilt.

## Ein Brief des Königs von Württemberg.

Schon seit einiger Zeit ist in den Zeitungen von einem Briefe des Königs von Württemberg an den österreichischen Premierminister Fürsten von Schwarzenberg die Rede gewesen, in welchem jener Monarch seine Ansichten über die Vertretung des deutschen Volks beim Bunde ausspricht. Die D. A. Zeitung hat nun den Wortlaut jenes Schreibens veröffentlicht und der württembergische officielle Staatsanzeiger erkennt denselben für ächt an. Wir theilen dieses nicht unwichtige Actenstück nachstehend mit:

„Ew. Durchlaucht! Aus den Berichten meines Bevollmächtigten in Dresden habe ich ersehen, daß Sie entschieden den Gedanken verwerfen, neben der von uns neu bestellten obersten Bundesgewalt eine Vertretung der Gesamtnation in's Leben zu rufen. Daß ich diese Nachricht aufrichtig beklage, werden Ew. Durchl. nach meiner bekannten Freimüthigkeit auch in dieser offenen Erklärung natürlich finden. Was mich betrifft, so habe ich sowohl vor als nach den bedauerlichen Ereignissen des Jahres 1848 eine Reform der

Bundesacte und namentlich eine Revision des 13. Artikels derselben für ganz unerläßlich gehalten. Die letztere insbesondere sehe ich auch heute noch als das wahre Palladium und als den einzig richtigen Probirstein alles Dessen an, was wir in Dresden Gemeinsames verhandeln und beschließen werden. Soll aber der erwähnte Artikel in einer Weise revidirt werden, welche nicht hinter der Zeit und dem moralischen Bedürfnisse der Nation zurückbleibt, so müssen wir die bisherige landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen anwenden und die einzelnen zersplitterten unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte der verschiedenen Ständekammern in ein einiges, oberstes Nationalparlament zusammenfassen. Nur mit einem so vereinten Parlamente ist, nach meiner festen Ueberzeugung, die Begründung einer einigen, starken und ganz besonders einer allseitig geachteten und dauerhaften Centralgewalt möglich, deren Thätigkeit, Thatkraft und Ansehen man vergebens in ihrer äußeren Zusammensetzung und numerischen Beschaffenheit ganz allein suchen würde. In unseren Tagen zumal vermag die bloße physische Gewalt kein Gemeinwesen aufrecht zu halten; Repressivgesetze und Polizeimaßregeln allein haben bis jetzt weder staatliche Institutionen gewährleistet, noch staatliche Umwälzungen abgewandt. Irre ich mich nicht, so hat uns Dies der vormalige Bundestag an einem abschreckenden Beispiele zur Genüge bewiesen! Ein Staatenverband ist ungleich schwerer zu führen und zusammenzuhalten als ein Einzelstaat. Jener bedarf noch ungleich mehr als dieser eines gemeinschaftlichen moralischen Bandes, welches ihn gegen innere Auflösung und auswärtige Zerstörung schützt. Ein solches moralisches Band für ganz Deutschland kann aber zeitgemäß nur ein allgemein parlamentarisches sein. Ganz vergeblich würden wir einen Ersatz für dasselbe in einer allgemeinen Zoll- und Handelsverbindung suchen. Die ma-